

# Mücadeleye Devam - Der Kampf geht weiter!

VON DILARA LORIN

Die Türkei, tief gespalten, kurz vor einem noch massiveren Bürgerkrieg und wirtschaftlich total am Ende. Seit dem Referendum am 16.04.2017 ist klar: das Land unter Erdogan und seiner AKP entwickelt sich immer mehr zu einer bonapartistischen Diktatur. Erdogan hat mit dieser Abstimmung deutlich gemacht, dass er mit allen Mitteln versucht hat, seinen Traum vom Präsidialsystem wahr zu machen. Dass Erdogan nur mit 51,4% zu 48,77% „gewonnen“ hat, spielt für ihn keine Rolle. 70% der Bevölkerung wussten nicht genau, worüber sie bei diesem Referendum abstimmten, wie auch die OSZE kritisierte. Viele dachten, und so wurde es auch vom regierungsnahen Lagern beworben, dass es eine Wahl für oder gegen Erdogan sei. Viele wurden bewusst getäuscht und wieder andere wurden mit Angst zurückgedrängt.

Schon vor dem Referendum lief ein Krieg gegen das Nein-Lager. Jeglicher Versuch dafür Werbung zu machen, wurde als terroristischer Akt beschrieben und verboten. Im Vorfeld wurden mehr als 150 kritische Nachrichtenkanäle geschlossen, mehr als 130.000 Beamte per Gesetzesdekret entlassen, über die Hälfte der pro-kurdischen und linken Abgeordneten in Untersuchungshaft genommen. Diese kann während des immer noch andauernden Ausnahmezustandes mehrere Jahre lang andauern. Im Osten der Türkei, wo mehrheitlich Minderheiten leben, stieg die Brutalität der Repressionen an. Während des Referendums gab es viele Auseinandersetzungen zwischen den Wähler\_Innen und Sicherheitskräften. Des weiteren wurden OSZE Wahlbeauftragte in Diyarbakir an ihrer Arbeit gehindert und es tauchten nach der Wahl immer mehr Videos auf, in denen die Wahlbeobachter der AKP mehrere Stimmzettel zugleich mit JA

abstempelten. Das sind nur Bruchteile der Dinge, welche an diesem Tag stattgefunden haben. Der größte Eklat ist jedoch, dass über 2 Millionen ungestempelte, also offiziell nicht von der hohen Wahlkommission zugelassene Stimmzettel auftauchen. Ausnahmslos alle stimmten für „Ja“ und das Gericht entschied, diese gelten zu lassen. Da die Differenz zwischen dem Sieg des „Ja“ und des „Nein“ jedoch unter 2 Millionen liegt, sind diese Stimmen der entscheidende Betrugsfaktor gewesen, über den praktisch sogar international hinweggesehen wird.

Dass die Wahl schon im Vorfeld stark beeinflusst war, sieht man an den brutalen Repressionen, die gegen jeglichen demokratischen Protest ausgeübt wurden. Bei den Kommunalwahlen 2014 gewann die kurdische Partei HDP 103 Gemeinden und Städte für sich. Bis heute wurde ein Großteil dieser demokratisch gewählten Bürgermeister\_innen abgesetzt, teilweise verhaftet, und durch regierungstreue Zwangsverwalter aus Ankara ersetzt. Viele Menschen waren sich bewusst, dass das Referendum keine legale Abstimmung war und noch am selben Abend gingen in den Großstädten wie Istanbul, Izmir, Mersin und Ankara mehrere tausend Menschen auf die Straße, um gegen das Ergebnis des Referendums zu protestieren. Die Proteste gegen das Ergebnis hielten noch fast 2 Wochen lang an, doch hat es keine Welle von Aufständen verursacht, wie man es sich gewünscht hätte. Aber was ist falsch gelaufen?

Probleme der Proteste waren, dass sie nicht über die Forderungen der Neuauszählung der Stimmen, sowie der Nicht-Akzeptanz des Ergebnisses hinaus gegangen sind. Dabei bedarf es Forderungen unter denen sich der Protest ausweiten kann und die Bewegung, welche nach den Wahlen entstand, bündelt. Das Regime von Erdogan muss klar abgelehnt werden und man darf keine Illusionen in Verfahren wie die Neuauszählung der Stimmen setzen. Als ob Gerichte und Polizei nicht von Erdogan kontrolliert werden würden oder es ihn überhaupt interessieren würde! Hier muss konkret die Machtfrage gestellt, beispielsweise in der Forderung nach einer

verfassungsgebenden Versammlung, die sowohl die Putschverfassung von 1982 wie auch die Verfassung Erdogans ablehnt.

In der aktuellen Situation ist die Linke und Arbeiterbewegung in der Türkei stark geschwächt und in einer Defensive. Aber auch wenn die HDP mit vielen Abgeordneten im Gefängnis, kaum noch kontinuierliche Arbeit leisten kann, hat sie dennoch eine starke Auswirkung auf die kurdische und türkische Bevölkerung in der Türkei. Um sich zu wehren, bedarf es eines gemeinsamen Kampfes der linken Gewerkschaften und Organisationen, aber auch Geflüchteten. Die Organisierung der Menschen ist notwendig, um sie weiter zu bilden, und sie nicht in ihre vier Wände zurück zu drängen. Vor dem Referendum gab es bereits Versammlungen in den einzelnen Stadtteilen, die weitergeführt werden müsste. Gleichzeitig wird es immer notwendiger, Selbstverteidigungsstrukturen aufzubauen, da vor allem die AKP mit ihren paramilitärischen Strukturen prahlt. Es bedarf Selbstverteidigungsstrukturen von Arbeiter\_Innen, Jugendlichen und Geflüchteten, die sich gegen Hausdurchsuchungen und Verschleppungen schützen und für die Versammlungsfreiheit eintreten!

## **Und in Deutschland?**

Hier dürfen wir nicht stillschweigend zuschauen, wenn unsere Genoss\_Innen in der Türkei die Gefängnisse füllen! Uns muss bewusst sein, dass der kurdische Befreiungskampf, aber auch der Kampf gegen Erdogan nichts ist, was man nur in der Türkei lösen kann. Wenn wir erfolgreich sein wollen, müssen wir auch hier aktiv sein, denn der Hauptfeind steht im eigenen Land. Monatelang hat die deutsche Regierung geschwiegen, als die Türkei dutzende kurdische Gebiete dem Erdboden gleich gemacht und die Bevölkerung terrorisiert hat. Sie hat geschwiegen, als die Ko-Vorsitzenden der HDP ins Gefängnis gesteckt wurden, sie hat geschwiegen als

Versammlungsrechte und Pressefreiheit angegriffen wurden. Noch mehr als das: Sie setzt das Interesse Erdogans in Deutschland um! Dabei ist der Böhmermann-Skandal nur ein kleiner Nebenschauplatz. Denn seit Jahren wird die kurdische und türkische Linke in Deutschland kriminalisiert und verfolgt. Deswegen fordern wir: Weg mit dem dem Flaggenverbot, weg mit dem Verbot der PKK, weg mit 129a und b! Schluss mit wahllosen Hausdurchsuchungen unserer Genoss\_Innen, keine Zwangsabschiebungen in die Türkei und Aufhebung des Flüchtlingsdeals zwischen der EU und der Türkei!

Konkret heißt das: Dort wo möglich versuchen wir es, unseren Genoss\_Innen zu ermöglichen die Fahnen ihrer Wahl zu tragen. Es bedarf aber auch die Verbindung von Kämpfen auf anderer Ebene:

Wir müssen Seite an Seite mit türkischen Linken und de Arbeiterklasse kämpfen und versuchen den Keil zwischen der türkischen und kurdischen Linken zu entfernen. Der Kampf gegen Unterdrückung ist International, was bedeute Solidarität statt Nationalismus und Sektierertum. Darum ist es wichtig, auf die Straße zu gehen, um gegen Merkel zu protestieren, die auch heute nicht den Flüchtlingsdeal mit einer Türkei gebrochen hat, die überlegt, die Todesstrafe einzuführen. Die Wirtschaftsdeals laufen fröhlich weiter, beispielsweise soll in der Türkei eine Panzerfabrik der Firma Rheinmetall gebaut werden. In Deutschland wächst durch solch eine Politik vor allem das rechte Lager an, aus dem chauvinistische Stimmen lauter werden, die fordern, dass alle Ja- Stimmenden in die Türkei zurück gebracht werden sollen. Unser Kampf darf aber nicht bei der Solidarität aufhören, er muss ebenso gegen den antimuslimischen Rassismus hier in Deutschland geführt werden, welcher den Rechtsruck verdeutlicht und begünstigt hat. Schließlich wirkt sich dieser auch auf die kurdische und türkische Linke aus und betrifft nicht nur Geflüchtete. Denn in dem rechten Klima ist es leichter für türkische und deutsche Rassist\_Innen sich zu verankern und uns anzugreifen! Außerdem wirkt es sich auf das gesamte Bewusstsein der

Arbeiter\_Innenklasse negativ aus.

Deswegen brauchen wir gemeinsame Aktionen und Demonstrationen mit der kurdischen, türkischen Linken, den Geflüchteten und der deutschen Arbeiterklasse um mehr Druck gegenüber dem Merkel-Erdogan-Pakt aufzubauen. Wir sagen: Hoch die internationale Solidarität und für einen militanten gemeinsamen Widerstand in der Türkei gegen den Bonaparten Erdogan, offene Grenzen für alle!

---

# **Der CSD - buntes Treiben oder Kampftag für LGBTIA\* Rechte?**

VON LEONIE SCHMIDT

Laute Technomusik, viele buntgeschminkte Menschen und über ihnen wehen Fahnen, meist im Spektrum des Regenbogens. Ebenso sieht man Wagen von Initiativen sowie Ländern und Konzernen. Alle zusammen feiern eine riesige Party der LGBTIA\*-Rechte. Die Rede ist vom Christopher Street Day.

## **Der Ursprung**

Häufig ist der Ursprung des CSD nur noch wenigen Demonstrationsteilnehmer\_Innen wirklich bewusst. In den 1960er Jahren hatte es in New York immer wieder übermäßige Razzien in Bars für Trans- und Homosexuelle gegeben. Vor allem Afro- und Lateinamerikaner\_Innen traf

die Schikane der Polizist\_Innen. So auch im Stonewall Inn, in der New Yorker Christopher Street, wo eine Polizeikontrolle durchgeführt wurde und auch Anwesende verhaftet worden sind. Doch zum ersten Mal in der Geschichte der LGBTIA\*-Bewegung ließen sich die sexuell Unterdrückten die Prozedur nicht gefallen – dies ist als Stonewallaufstand in die Geschichte eingegangen. Vornehmlich afro- und lateinamerikanische Drags, Transmenschen und Homosexuelle wehrten sich. Sie konnten die Polizei vertreiben, aber dafür griff diese im Laufe der Nacht einige Drags und Transmenschen auf und misshandelten sie. Daraufhin kam es in den nächsten Tagen zu größeren Demonstrationen und kämpferischen Auseinandersetzungen rund um das Stonewall Inn.

Der CSD wurde als eine Art Gedenktag angesetzt und wird heutzutage hauptsächlich als „Gay Pride“ begangen. Dabei geht es vor allem darum, die eigene sexuelle und geschlechtliche Identität nach außen zu tragen. Das an sich soll hier nicht kritisiert werden. Was aber scheinheilig ist, ist dass auch Parteien und Konzerne mitlaufen, obwohl ihre Politik oftmals zu Ungunsten der LGBTIA\*-Community ist und gleichzeitig eine Entpolitisierung des Protestes stattfindet. Zudem ist die Ignoranz der Demonstrationsteilnehmer\_Innen gegenüber der weitreichenderen sexuellen Unterdrückung anzumerken. Denn diese ist nicht nur im Alltag vorhanden, wie oft von Redner\_Innen auf dem CSD beschrieben wird (wenngleich diese natürlich auch äußerst unangenehm und zu bekämpfen ist), sondern hauptsächlich strukturell angesiedelt.

## **Die Situation heutzutage**

Auch Deutschland ist nicht so offen gegenüber einem Leben fernab der heterosexuellen Norm wie es gerne vorgibt zu sein. So ist es zu bemängeln, dass mensch im Aufklärungsunterricht in der Schule nie wirklich etwas über

queeren Sex hört oder gar erklärt bekommt, wie beispielsweise Safer Sex aussieht, wenn man sich nicht vor Schwangerschaften schützen muss und auch kein Kondom zum Einsatz kommen kann. In vielen Ländern sind LGBTIA\*s auch staatlichen Gewalttaten ausgesetzt, unter anderem in Russland, wo in den letzten Jahren eine regelrechte Hetzjagd auf Homosexuelle durchgeführt wurde. Zurzeit werden besonders in Tschetschenien, vom dortigen Ministerpräsidenten Kadyrow unterstützt, Schwule verschleppt, misshandelt und letztendlich in Lagern ermordet. Auch in den USA geht es für LGBTIA\*s nicht gerade lustig zu: alleine im Jahr 2017 gab es bisher 9 Morde, vornehmlich an Trans\*Frauen of Color.

Gleichzeitig werden aber auch Länder glorifiziert, bei denen es angeblich ganz fortschrittliche und tolle Rechte für sexuell Unterdrückte gibt. In Teilen der deutschen Linken und der liberalen LGBTIA\* Bewegung ist es nämlich nichts ungewöhnliches, wenn Israel für sein tolles Engagement im queeren Bereich verehrt wird. Pinkwashing nennt sich das. Es soll aufzeigen, wie modern und progressiv ein Staat ist und wie im Fall Israels davon ablenken, dass gleichzeitig die Menschenrechte der Palästinenser\_Innen, und seien sie noch so queer, mit Füßen getreten werden und soll außerdem die queeren Menschen von anderen, ebenfalls unterdrückten Gruppen isolieren. Auch wird der direkte Vergleich zu angeblich barbarischen und homophoben Gruppen gezogen, um diese weiterhin zu unterdrücken. Somit kann eben zum Beispiel die israelische Regierung ihren Kolonialismus vorantreiben und die Islamophobie propagandistisch ausnutzen. Sicher, in der arabischen Welt gibt es immer noch Homophobie, aber genauso ist es überall auf der ganzen Welt, weil es leider nach wie vor ein universelles Problem ist. Pinkwashing ist und bleibt also ein Instrument zur Spaltung.

Für uns ist klar, dass es im Kapitalismus nicht möglich sein wird, sich von sexueller Unterdrückung, genau wie von Sexismus, zu befreien. Durch die Notwendigkeit der bürgerlichen Familie (Mutter, Vater, Kinder) im kapitalistischen System wird auch diese immer die Norm bleiben und

besonders geschützt werden, während LGBTIA\*-Familien oder Beziehungen immer als unnatürlich bezeichnet werden. Erst auf dem Weg zum Kommunismus über den Sozialismus kann sich dieser gesellschaftliche Widerspruch auflösen.

## **Was tun?**

**Aufgrund der strukturellen Unterdrückung von LGBTIA\*s ist es aber gerade wichtig, dagegen anzukämpfen und auf dem CSD nicht nur zu feiern, dass man „anders“ ist. Es reicht eben nicht aus, ein paar Regenbogenfahnen zu schwingen und durch die Straßen zu tanzen. Nein, für die Rechte der LGBTIA\*s muss aktiv und zur Not auch militant eingetreten werden. Auch und besonders von Seiten der heteronormativen Gesellschaft. Der CSD muss wieder kämpferisch werden! Trotzdem muss der Kampf gegen sexuelle Unterdrückung als ein täglicher Kampf angesehen werden, der nicht nur einmal jährlich, sondern bei allen politischen Fragen egal ob Flucht, Armut oder Bildung geführt werden muss. Gleichzeitig kann auch dieser Kampf nur gewonnen werden, wenn er eingebettet ist in den gemeinsamen Kampf aller Unterdrückten**

# weltweit.

Wir fordern:

- Volle Legalisierung von LGBTIA\* weltweit und gleiche Rechte in ihren Beziehungen (finanzielle Gleichstellung, Adoptionsrecht)! dass im Aufklärungsunterricht LGBTIA\*-Beziehungen und Heterosexualität gleichwertig dargestellt und gleich ausführlich behandelt werden!
  - Selbstverteidigungskomitees für LGBTIA\*s gegen Übergriffe und das Caucusrecht in der Arbeiter\_Innenbewegung!
- 

## Warum sollten Jugendliche gegen G20 protestieren?

VON JAQUELINE KATHERINA SINGH

Jährlich verhungern 8,8 Millionen Menschen. 1,2 Milliarden Menschen haben nicht mehr als 1€ pro Tag zur Verfügung. Wenn wir die Umwelt weiter wie bisher zerstören, brauchen wir bis 2035 spätestens eine zweite Erde. Und das sind nur einige der Probleme, die wir hier haben.

Doch was hat das Ganze mit dem G20-Gipfel am 7. und 8. Juni in Hamburg zu tun? Ganz einfach: Dieser Gipfel ist die Spitze des Eisbergs. Die mächtigsten Staatsoberhäupter, unzählige Lobbyist\_Innen und Institutionen wie der IWF kommen zusammen, reden über die Probleme der Welt und versuchen dabei, ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

Unter der Wasseroberfläche ist aber der gigantische Klotz an Problemen, die sie mit ihrer Politik produzieren: Hunger, Umweltzerstörung, Krieg, Armut und Ausbeutung. Aber warum sollten wir Jugendliche gegen den G20 Gipfel protestieren? Weil wir diejenigen sind, die unter der aktuellen Politik und ihren Folgen leiden müssen!

## **Die Situation ist angespannt...**

Das Bild, was die G20-Teilnehmer\_Innen in der Vergangenheit nach Außen getragen haben, ist am bröckeln. Ursprünglich entstand das Treffen aus der Not heraus: Die Weltwirtschaftskrise 2008/09 erforderte, dass vorher schon existierende Treffen der Finanzminister\_Innen so umzuformen, dass sich stattdessen alle Staatsoberhäupter treffen.

Doch seitdem ist viel passiert: Mit dem Ukraine-Konflikt ist Russland aus den G8 Staaten geflogen, als Zeichen, dass es seine Politik nicht einfach so ohne Folgen umsetzen kann. Trump ist Präsident und droht offen anderen Ländern mit Krieg. Das sind nur einige Beispiele für die zunehmenden internationalen Spannungen, die das schöne Bild der Nationen, die „gemeinsam“ versuchen, die Probleme der Welt zu lösen, ins Wanken geraten lässt.

## **Aber warum ist das eigentlich so?**

Oben schon mal am Rande erwähnt, müssen wir, wenn wir diese Frage beantworten wollen, uns die Weltwirtschaftskrise 2008/09 ein bisschen genauer anschauen. Während wir hier in Deutschland nicht besonders viel von dieser Krise gemerkt haben und uns höchstens daran erinnern, dass man

sich als Reaktion darauf ein neues Auto billiger anschaffen konnte, sieht das in anderen Ländern ganz anders aus.

Ein Beispiel, das besonders deutlich macht, dass so eine Krise existiert und zu Lasten der Bevölkerung geht, ist Griechenland. Die angeblichen „Rettungspakte“ sind an Sparmaßnahmen geknüpft, die die Bevölkerung dort in massive Armut gestürzt haben. So sind aktuell immernoch knapp 50% der Jugendlichen arbeitslos und über 300 000 Angestellte verdienen im Monat gerade mal zwischen 100 und 400€. Und das, obwohl viele von ihnen in ihrer Stelle informell zu einer 40-Stunden Woche gezwungen werden!

Auch in anderen Ländern wie Spanien hat die Krise hart zugeschlagen. In Frankreich ein bisschen weniger, aber immernoch genug, um den französischen Imperialismus langfristig zu schwächen. Im Zuge dessen sind gerade im Bereich der Bildung massive Kürzungen gefahren worden. Zudem haben Jugendliche und auch Frauen massiv ihre Jobs verloren oder haben aufgrund der Ausweitung von Leih- und Zeitarbeit eine unsichere, schlecht bezahlte Zukunftsperspektive aufgetischt bekommen. Aber mit der Krise sind nicht nur Angriffe auf uns einher gegangen. Sie hat auch dafür gesorgt, dass eine internationale Konkurrenz sich verschärft und daraus einige andere Dinge ins Rollen gekommen sind...

## **Internationaler Rechtsruck**

Ob Trump, LePen, Erdogan oder May: Überall auf der Welt sehen wir Rassist\_Innen und rechte Populist\_Innen im Aufschwung oder an der Regierung. Nationaler Chauvinismus, sowie dumme Stereotype nehmen zu. Mit ihnen kommt auch der Ruf, die Grenzen zu schließen, massenhaft Menschen abzuschieben und Geflüchtete und Migrant\_Innen zu Menschen zweiter Klasse herabzusetzen.

Warum? Verkürzt kann man sagen, dass insbesondere kleinere Firmen, also mittelständische Unternehmen, Angst haben, ihre Stellung zu verlieren. Die zunehmende Monopolisierung, aber halt auch die Auswirkungen der Krise befeuern ihre Angst, sozial abzustiegen und selber zu Arbeiter\_Innen zu werden. Deswegen fangen sie an, herumzubrüllen: Protektionismus, Nationalchauvinismus, Standortborniertheit, das sind ihre Argumente, um sich zu schützen. Kurz gesagt: Sie wollen das Rad der Zeit aufhalten, um nicht ihren Reichtum zu verlieren; sich gegen die internationale, arbeitsteilige Struktur des Gesellschaftssystems stellen. Weil es zusätzlich im Großteil der Welt keine starke Linke gibt, die eine klare Kante gegen den Rassismus stellt und gleichzeitig Forderungen aufgreift, die die Situation von Arbeiter\_Innen und Jugendlichen verbessern würde, rutschen dann auch Teile dieser nach rechts. Dabei hat dieser Rechtsruck für uns Jugendliche ziemlich beschissene Folgen! Für Manche von uns bedeutet das, dass sie selbst oder ihre Freund\_Innen in Kriegs- und Krisengebiete abgeschoben werden. Das Schließen der Grenzen bedeutet eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit für uns Alle.

Daneben bedeutet das Erstarken der Rechten auch eine physische Bedrohung für Menschen mit Migrationshintergrund, sowie Linke. Dass das nicht aus der Luft gegriffen ist, sehen wir, wenn wir einen Blick nach Polen werfen. Dort werden regelmäßig Linke von Faschist\_Innen gejagt. Aber auch hier in Deutschland hat sich in den letzten zwei Jahren etwas verändert. Während die NDP noch in den 90ern für den Slogan „Kriminielle Ausländer abschieben!“ verachtet wurde, ist das Heute gängige Praxis. Auch häufen sich rechte Straftaten und physische Angriffe. Brandanschläge auf Unterkünfte von Geflüchteten haben sich in den letzten 3 Jahren mehr als verdoppelt. Das wollen wir nicht hinnehmen! Bei den Gegenprotesten zu G20 kämpfen wir für offene Grenzen und Staatsbürger\_Innenrechte für Alle! Wir kämpfen gegen das Erstarken der Rassist\_Innen und Rechtspopulist\_Innen und die Politik, die ihr entstehen überhaupt erst ermöglicht!

# Kampf um die Neuaufteilung der Welt

Aber das ist nicht Alles: Gleichzeitig zum Rassismus steigt auch die Militarisierung. Die aktuellen Schlagzeilen lassen bei uns ein mulmiges Gefühl entstehen, wenn wir die Zeitung aufschlagen oder uns die Nachrichten anhören. Ob nun der Krieg in Syrien, die Grabkämpfe zwischen China und den USA im Pazifik oder die Sanktionen gegen Russland. Weltweit scheint der Frieden zu bröckeln. Allein in den Konflikten in Afghanistan, dem Iran, der Ukraine und Syrien sind über 3 050 000 Menschen gestorben und einige dieser Konflikte fordern auch heute noch regelmäßig Tote. In jeder dieser Auseinandersetzungen waren übrigens mehrere G20-Staaten beteiligt und haben versucht, ihr eigenes Interesse durchzusetzen, wie beispielsweise die USA und Russland in Syrien und der Ukraine.

Nicht besser wird das Ganze dadurch, dass parallel die weltweiten Rüstungsausgaben steigen, Truppen verschoben werden und die Werbung für's Militär mehr und mehr in den Alltag rückt. Sei es nun in China, wo die Volksbefreiungsarmee mit Rapvideos für sich wirbt oder in Deutschland, wo die Bundeswehr zu kostenlosen IT-Camps mit Videospielen einlädt. Dies passiert wiederum kurz gesagt deswegen, weil die Möglichkeit, andere Länder auszubeuten, sich mehr und mehr erschöpft und der Verteilungskampf auf direkterer Ebene geführt wird.

Für uns bedeutet das, dass wir zusehen müssen wie immer mehr und mehr Geld in die Waffenindustrie geblasen wird, während es an andere Stelle fehlt. Letztendlich bedeutet es auch, dass wir im Falle eines Krieges unser Leben für eine Politik, die wir nicht zu verantworten haben und Profite, die wir nie zu Gesicht bekommen, geben müssen.

Deswegen sagen wir: Krieg dem Krieg! Raus mit allen imperialistischen Truppen, stoppt die Waffenexporte! Kein Mensch, kein Cent dem Militarismus!

All diese Dinge zeigen uns, dass die Tagesordnung der G20 nichts als heiße Luft ist. Klar: Sie sprechen schon über die Umweltzerstörung, Gesundheit und die Frage, wie sie das Wirtschaftswachstum ankurbeln können. Aber dabei sind sie nicht an unserer Zukunft interessiert, sondern an ihren Profiten! Wenn's nach denen geht, dann sind Krieg, Armut und Ausbeutung eine tolle Sache! Schließlich nützt ihnen das am meisten. Aber wie können wir eigentlich klar machen, was unsere Position ist?

## **Widerstand ja — aber wie?**

In der Vergangenheit appellierten NGO's wie Greenpeace, Netzwerke wie Attac, Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien wie die SPD oder die Linkspartei immer wieder an das Gewissen von G8 oder G20. Diese Appelle weckten die Illusion, dass die Welt innerhalb des Kapitalismus, gemeinsam mit den Herrschenden der G-Staaten, grundlegend zu verbessern wäre.

Die vergangenen Jahre haben aber gezeigt, dass unsere Rechte und Interessen nur gegen sie mit massivem Widerstand verteidigt werden konnten. Streiks, Demonstrationen und Besetzungen waren erfolgreiche Mittel. Mit netten Bitten, dass die Kapitalist\_Innen mal eben auf ihren Gewinn verzichten oder mal einer energischen Rede auf einer Kundgebung, die im Nichts verhallt, haben wir nicht besonders viel Erfolg.

Uns muss klar sein: Die Vertreter\_Innen der G20 repräsentieren das Interesse der 1% der Weltbevölkerung, die 80% des Reichtums besitzt. Die

wollen nicht gemeinsam mit uns die Welt verbessern, die wollen sie und uns gegen unseren Willen ausrauben!

Was es braucht, das ist Druck. Druck durch massenhaftes, militantes und organisiertes Auftreten. Druck durch den Großteil der Bevölkerung. Aber das erreichen wir nicht einfach so. Für eine große Mobilisierung bedarf es Basiskomitees, die wir an den Orten aufbauen, an denen wir uns tagtäglich aufhalten müssen. Also der Schule, den Unis und Betrieben. Dort kann es dann Vollversammlungen, Veranstaltungen und Diskussionen über den G20-Gipfel geben, um eine breite Mobilisierung zu gewährleisten. Hierbei ist ebenfalls anzumerken, dass, auch wenn wir die Politik der obengenannten Organisationen nicht teilen, wir die Notwendigkeit im gemeinsamen Widerstand gegen die Folgen der Krise und ihre Verursacher\_Innen sehen. Gerade aktuell, wo die Konkurrenz und Streitigkeiten unter den Herrschenden zunehmen, müssen wir gemeinsam mit der Arbeiter\_Innenklasse und ihren Organisationen Einigkeit in der Aktion zeigen.

## **Und über die Gegenproteste hinaus?**

Nach den G20-Gipfel-Protesten wird der Kapitalismus nicht gestürzt sein. Aber was muss man eigentlich dafür tun, dass das klappt? Unserer Meinung nach bedarf es einer Organisation mit einem revolutionären Programm, die bewusst in Bewegungen und aktuelle Kämpfe eingreift und eine Perspektive aufwirft. Dabei ist das Programm zwar in Schrift festgehalten, aber noch lange nicht in Stein gemeißelt! Jeder Mensch mit revolutionären Anspruch muss sich vornehmen, seine Politik in der Praxis zu überprüfen, sich weiterzuentwickeln und seine Fehler einzugestehen. Nur so kann man verhindern, dass man Politik macht, die nicht an der Realität vorbei geht. Trotzdem ist es wichtig, eine gemeinsame Grundlage für die Arbeit

miteinander zu haben und aus den Fehlern, die in der Vergangenheit gemacht wurden, zu lernen. Deswegen erachten wir ein Programm überhaupt als notwendig.

Aber das ist noch nicht Alles. Überall auf der Welt gibt es Jugendliche, die ihre Situation nicht einfach so hinnehmen wollen. Beispielsweise die Jugendlichen in Brasilien. Die haben im vergangenen Herbst mehr als 1000 Schulen und 100 Universitäten besetzt als Zeichen des Protests gegen eine geplante Bildungsreform, bei der unter anderem sämtliche gesellschaftswissenschaftliche Fächer gestrichen werden sollten. Die brasilianische Jugend ist aber nicht bei den Besetzungen stehen geblieben. Sie haben ihre Proteste an die „Fora-Temer“-Bewegung angeschlossen (heißt soviel wie „Gegen-Temer“). Temer ist der Präsident, der sich im vergangenen Jahr an die Regierung geputscht hat und versucht, die Sparpakete durchzusetzen. Diese Bewegung hat am 28. April einen Generalstreik gegen die Kürzungen getragen, bei der sich 40 Millionen Menschen beteiligt haben! Auch in anderen Ländern können wir sehen, wie Jugendliche für ihre Rechte kämpfen. Sei es nun in Spanien, Südafrika, Palästina oder Frankreich und der Türkei.

Was damit gesagt werden soll, ist Folgendes: Der Kapitalismus ist auf der ganzen Welt zu finden. Wenn wir ihn stürzen wollen, dann müssen wir uns ebenfalls international organisieren und die internationalen Kämpfe der Jugend zusammenführen, sowie gemeinsam Antwort auf die brennendsten Fragen der Jugendlichen auf der ganzen Welt geben. Deswegen werfen wir von REVOLUTION die Forderung zur Gründung einer neuen Jugendinternationale auf, die genau das umsetzt.

- Lasst die Reichen für ihre Krise zahlen! Keine Bankenrettungen, Subventionen für Unternehmen etc. auf Kosten der Jugend, der Arbeiter\_Innenklasse und der einfachen Bevölkerung!

- Gegen Lohnkürzungen, Entlassungen und Werksschließungen – Für die Verstaatlichung von Betrieben, die solche Maßnahmen durchsetzen wollen unter Arbeiter\_Innenkontrolle!  
Stoppt die Sparpakete, Schluss mit Sozialkahltschlag und Bildungsabbau! Stattdessen: Für ein Programm gesellschaftlich nützlicher Arbeiten, wie dem Ausbau des öffentlichen Nah -und Fernverkehrs und regenerativer Energien, sowie dem Bau neuer Schulen, Universitäten, Krankenhäuser, Freizeit- und Kultureinrichtungen! Beahlt werden soll das aus dem Reichtum und den Profiten der Kapitalist\_Innen!
- Stoppt die imperialistischen Kriegseinsätze, Schluss mit den Waffenexporten!
- Kampf dem Rassismus! Für offene Grenzen, Staatsbürger\_Innenrechte für alle und Selbstverteidungskomitees von Arbeiter\_Innen, Jugendlichen und Geflüchteten!
- Schluss mit dem Ringen um Profite über Spekulationen – Verstaatlichung des Bankenwesens zu einer Zentralbank unter Arbeiter\_innenkontrolle!
- Lasst uns für diese Forderungen und gegen die Angriffe des Kapitals und der G20 kämpfen – für Massenmobilisierungen von Gewerkschaften, Arbeiter\_Innenparteien und Linken gegen die Krise, international! Für die internationale Koordination von Besetzungen und Generalstreiks!

## **Exklusiv: gute Frage - gute Antwort**

### **Warum ist Deutschland nicht so stark von der Krise betroffen?**

Zum Einen liegt das daran, dass ein größerer Angriff auf uns Arbeiter\_Innen und Jugendliche bereits vor 2008/09 gefahren worden ist: die Agenda 2010.

Einige von euch haben den Begriff vielleicht schonmal gehört in Verbindung mit HartzIV. Aber das war nicht das Einzige, was im Rahmen dieser Sparmaßnahme mit eingeführt worden ist. Auch die Zahl an Leih- und Zeitarbeit ist seitdem in die Höhe gestiegen. Zusätzlich wurde auch an sozialen Einrichtungen ordentlich gespart. In großen Städten müssen Jugendzentren und Freiräume Investoren weichen, damit diese mit überteuerten Lofts Geld verdienen können. Auf Döfern sieht's da nicht besser aus. Daneben sind die Reallöhne gesunken und haben damit die Auswirkungen der Krise für die Kapitalist\_Innen abgefedert.

Zum Anderen ist aber auch klar zu sagen, dass der deutsche Imperialismus deutlich von der Krise profitiert hat. Während andere Länder in der Krise gesteckt haben und von der EU (unter dem Drängen von Deutschland) Spar- und Rettungspakete auferlegt bekommen haben, haben sich deutsche Firmen an den Auswirkungen der Krise bereichert. Siehe dazu auch unseren Artikel „Was ist Imperialismus?“ (S. 11)

---

# Warum gibt immer wieder Krieg?

VON FELIX RUGA

Lange Zeit, gerade nach dem Ende des kalten Krieges, galt in Europa die vorherrschende Meinung, die EU sei eine Bastion der Freiheit und des Friedens. Wenn es Kriege gab, dann zumeist außerhalb Europas und falls doch mal etwas in Europa vorfiel, dann zumeist auf dem Balkan, aber der war damals ja in keinsten Weise ein Teil der EU. Aber spätestens seit dem

Konflikt in der Ukraine 2014 bekam dieses Bild der friedlichen EU doch beträchtliche Risse.

Dass die Bundeswehr nur zur Verteidigung Deutschlands da sei, ist spätestens seit dem Kosovo und Afghanistan-Einsatz ebenfalls nicht mehr zu glauben. Auftakt und Erprobung war 1999 der Kosovokrieg, bei dem man vorgab, auf Seiten der unterdrückten Kosovar\_Innen die Menschenrechte mit Bombenangriffen zu verteidigen. Jedoch zeigen die Einigungsverhandlungen davor und die Kriegstaktik währenddessen nur zu klar, dass hierbei keineswegs für eine Befriedung der Region, sondern vielmehr für ein Herausdrängen Russlands aus Europa gekämpft wurde. Kurz darauf in 2001 kam es in Afghanistan zum bislang größten Kriegseinsatz der Bundeswehr. Diese hatte sich der US-Armee als Reaktion auf 9/11 im „Kampf gegen den Terrorismus“ angeschlossen und wollte das Land „demokratisieren“, was aber das Land mehr radikalisiert als vom Islamismus befreit hat. Afghanistan ist aufgrund der Massen an Bodenschätzen und wegen der geostrategischen Lage im Mittleren Osten sehr interessant für die besitzende Klasse.

Nun gibt es größere Einsätze der Bundeswehr in Mali (Uran), Irak (Öl) und am Horn von Afrika (Seehandel), aber auch noch in 10 weiteren Ländern im Nahen und Mittleren Osten und Afrika. Die Soldat\_Innen sorgen dort weder für mehr Menschenwohl noch für eine Demokratisierung. Doch damit stellt sich die Frage, warum es überhaupt immer wieder Krieg gibt, wenn es nicht um Demokratisierung geht, wie uns so oft erzählt wird.

Das grundsätzliche Verhältnis zwischen den Akteuren im Kapitalismus ist die Konkurrenz. Jeder muss für sich selber schauen, wo er bleibt, und darum kämpfen, dass er nicht hinten runterfällt oder am besten sogar einen Platz an der Sonne bekommt. Dieser Kampf durchzieht die gesamte Gesellschaft. Somit stehen auch die Besitzer\_Innen der Fabriken und des Kapitals, also die Kapitalist\_Innen, miteinander in stetigem Kampf darum, wer die meisten Profite bekommt, um mit diesen neue Investitionen zu tätigen und somit zu wachsen und immer größere Teile der Wirtschaft in der eigenen Hand zu vereinen. Doch Profite zu machen, ist nicht so einfach in der heutigen Welt.

In Deutschland wird bereits beinahe alles bewirtschaftet und der Bedarf an den meisten Sachen ist befriedigt, also muss man raus aus Deutschland und in andere Teile der Welt investieren, wo noch was zu holen ist. Und da sich alle Imperialist\_Innen unter Konkurrenzdruck befinden, hat man unter Umständen auch gar keine andere Wahl, als diese Kriege um Wirtschaftswege (Westafrikanische Küste), Wirtschaftsräume (Mali) oder geostrategische Einflussphären (Ukraine, Syrien, Afghanistan) zu führen, da man ansonsten von den Kapitalist\_Innen in anderen Ländern bedroht wird oder vielleicht sogar abgehängt. Im Prinzip kann zusammengefasst werden, dass Politik die zugespitzte Form der ökonomischen Konkurrenz ist (wie beispielsweise durch Handelsabkommen oder Troika-Politik gezeigt) und dass Krieg die Fortführung dieser Politik mit anderen Mitteln ist.

Die zugespitzte Form eines Krieges der Kapitalist\_Innen ist ein Weltkrieg, wie ihn die Welt schon zweimal sah. Hierbei stehen sie Heere der Imperialist\_Innen direkt gegenüber und kämpfen nicht mehr nur durch Stellvertreter wie aktuell in Syrien gegeneinander. Das Ziel ist hierbei in der sehr zugespitzten Konkurrenzsituation auf globaler Ebene einen Welthegemon zu schaffen. Das auf Konkurrenz basierende System zwingt die Mächte zum Kampfe gegeneinander, damit ein Teil dieser Mächte unterworfen wird und andere Mächte dadurch wachsen können.

Kriege zerstören unter Umständen nicht nur Konkurrent\_Innen sondern auch Kapital in Form von Infrastruktur und Industrie und schaffen damit die Voraussetzung für neue Anlagemöglichkeiten für das Kapital. Der Aufschwung (das sogenannte „Wirtschaftswunder“) der 50er Jahre in Deutschland war in der Form nur möglich durch die völlige Zerstörung Deutschlands im Zweiten Weltkrieg.

Zusammengefasst: Wenn es um die Frage geht, ob man nun seinen Platz an der Sonne und seinen Reichtum verliert oder lieber alles auf eine Karte setzt und einen schweren Krieg mit unzähligen Toten und zerstörten Leben auf Seiten der Arbeiter\_Innenklasse führt, trat bislang das eigene Klasseninteresse der Kapitalist\_Innen immer allzu klar heraus und man

entschied sich für den Krieg, weil das eigene Leben davon nicht wirklich bedroht ist. Die letzten 70 Jahre waren geprägt von der Dominanz der USA und der Westmächte, doch diese Dominanz ist in den letzten 15 Jahren stark ins Wanken geraten. Neue, sehr dynamische Volkswirtschaften wie China oder Indien streben auf und werden sich wahrscheinlich nicht ewig mit all den Besitzansprüchen der alten Herrscher\_Innen zufrieden geben. Alte Blöcke wie die EU geraten in Krisen und neue, aggressive Imperialist\_Innen wie Donald Trump kommen an die Macht. Russland zeigt sich nicht länger Willens, alte Einflusssphären aufzugeben, wie das aggressive Vorgehen in Syrien zeigte. Die aktuelle Periode ist geprägt von Instabilität und es wird wie schon vor 1914 immer schwerer für die Imperialist\_Innen, die zugespitzte Konkurrenz an Verhandlungstischen zu lösen.

Wir können also sehen, dass es im Kapitalismus immer wieder zu Kriegen kommen wird und der Kampf gegen den Krieg unbedingt mit einer antikapitalistischen Perspektiven verbunden werden muss, um effektiv das Problem an der Wurzel zu packen und am Ende vollends die Forderung zu erfüllen: Krieg dem Krieg!

---

# Was ist eigentlich Imperialismus?

VON FELIX RUGA, Juni 2017

Wir sprechen häufig vom Imperialismus, um gewisse Zusammenhänge in unserer jetzigen Gesellschaft zu beschreiben. An sich ist der Imperialismus das „höchste Stadium des Kapitalismus“, was so viel bedeutet wie, dass über die jüngere Geschichte hinweg alle Gesetze und Bewegungen des kapitalistischen Systems auf die Spitze getrieben wurden, sodass sich selbst

teilweise positive Merkmale ins aller negativste verkehren.

Beispielsweise hat die Konkurrenz unter den Kapitalist\_Innen verbunden mit der ständigen Konzentration des Geldes in wenigen Händen (je mehr Geld man hat, desto mehr Geld kann man machen) dazu geführt, dass sich nun in vielen Wirtschaftsbereichen (Auto-, Nahrungsmittelindustrie, Internet,...) so wenige, riesige Konzerne gebildet haben, dass sie sich untereinander absprechen können und kleine Unternehmen in diesen Wirtschaftsbereichen kaum noch eine Chance haben. Dies bedeutet faktisch eine Monopolbildung, die gerade aus der Konkurrenz erwachsen ist und damit den wirtschaftlichen Fortschritt mindert, weil die großen Konzerne nicht mehr darauf angewiesen sind, andere Unternehmen zu übertrumpfen, indem sie bessere Produkte für einen besseren Preis liefern.

Ein weiterer wichtiger Aspekt am Imperialismus ist der Kampf um die Neuaufteilung der Welt: In den dominanten Ländern (=Imperialist\_Innen) hat es der Kapitalismus geschafft, den gesamten Markt aufzuteilen. Jedes Stückchen Land und Ressource hat einen Besitzer und Benutzer, jeglicher Bedarf an Waren ist gesättigt, alle wirtschaftlichen Nischen sind besetzt. Um zu wachsen, sind die hiesigen Kapitalist\_Innen darauf angewiesen, ins Ausland zu investieren, wo es noch was zu holen gibt. Der Staat als Interessenvertreter des Kapitals versucht, Einflussgebiete zu erschließen. Zum Beispiel reißt momentan der deutsche Staat mit der Troika den griechischen Markt an sich. Doch die Erde ist endlich und Märkte erschöpfen sich irgendwann und der Kampf um einen „Platz an der Sonne“ muss immer verbissener geführt werden. Finanzielle Erpressung und Abhängigmachung schwächerer Staaten, gezielte Destabilisierung feindlicher Einflussgebiete, gewaltsame Eingriffe in widerständige Staaten und schlussendlich der Krieg unter den Imperialist\_Innen werden zum notwendigen Mittel, um im Weltsystem des Imperialismus nicht hinten runterzufallen. All diese Praktiken gehen immer zum Leid der Arbeiter\_Innenklasse und in den unterdrückten, schwächeren Ländern (=Halbkolonien) ist die Ausbeutung dadurch mehrfach so stark, wenn nicht nur die eigenen Chefs dich schröpfen, sondern auch noch ein Großteil der Gewinne wieder zurück in die imperialistischen Länder fließen oder gar noch Krieg in deinem Land geführt

wird.

Dies macht die internationale Solidarität mit den unterdrückten Völkern unabdingbar und den isolierten Kampf wirkungslos. Wir sind Internationalist\_Innen, weil wir erkannt haben, dass alle Menschen, die unter dem Imperialismus leiden, gemeinsam gegen diesen kämpfen müssen!

---

## **Zeitung 2017.02**

Hier geht's zum Download der Zeitung 2017.02:



---

## **Frauenzeitung 2017**

Hier bekommst du die Frauenzeitung 2017:

FrauenZeitung2017\_smallfile



---

## **Zeitung 2017.01**

Hier bekommst du die Zeitung 2017.01:

Zeitung2017\_smallfile



---

## Zeitung 2016.01

Hier bekommst du die Zeitung 2016.01:

zeitung-2016.01-web



---

## Zeitung 2015.05

Hier bekommst du die Zeitung 2015.05:

zeitung-2015.05

